

sprechenden Bewilligung auf die Jahre 1844 und 1845 zu fassenden weitem Beschlusse. Nimmt die Kammer diesen Antrag an? — Er wird durch 38 gegen 28 Stimmen abgeworfen.

Präsident D. Haase: Sie finden nun das Deputationsgutachten über diesen Punct S. 37 (Nr. 1. des Anhangs), und es sagt hier die Deputation: „Die Fassung des Punctes 11. würde nach obigen Vorschlägen der Deputation vollständig nun lauten:

Die in Folge der Bestimmungen unter 5. 6. und 8., sowie des Vertrages mit der sächsisch-baierischen Eisenbahncompagnie, für Eisenbahnzwecke erforderlichen Staatsmittel werden in folgender Weise beschafft.“

Ich würde nun nur den Punct a. zur Beschlussnahme vorlesen:

„Durch Bewilligung der laut allerhöchsten Decretes vom 21. November 1842, die Kassenbestände betreffend, nach Abzug der für andere Zwecke im Betrage von 496,500 Thlr. — — ausgesprochenen Bewilligungen noch verbleibenden Kassenüberschüsse aus den Finanzperioden 18 $\frac{3}{4}$ und 18 $\frac{4}{2}$ an, nach vorläufiger Uebersicht, zusammen

1,933,229 Thlr. 18 ngr. 4 pf.“

Stimmt die Kammer diesem Rathe und Beschlusse der Deputation bei, sich in dieser Maße gegen die Staatsregierung auszusprechen? — Einstimmig Ja.

Man geht nun zu Punct 11. b., die künftigen Kassenüberschüsse, über (s. Nr. 1. d. Anhangs, S. 33 flg.).

Präsident D. Haase: Wünscht Jemand über Punct b. zu sprechen?

Abg. von Gablenz: Ich werde zwar dem Deputationsgutachten beistimmen, kann aber nicht umhin, einen Antrag daran zu knüpfen. Ich leugne nicht, daß es mir schwer geworden ist, dem Gutachten der Deputation meine Zustimmung zu geben, 1) weil es nicht nothwendig scheint, bei den verwilligten und vorgeschlagenen Mitteln noch mehr Mittel zu gebrauchen, 2) weil ich in gewisser Beziehung, wenn die Staatsregierung von diesen Mitteln Gebrauch macht, trotz des Vorbehalts, einen moralischen oder practischen Zwang sehe, daß die nächste Ständeversammlung dem beitreten muß, da sie, wenn die Kassenbestände ausgegeben sind, durch ein anderweites höheres Ausschreiben von Steuern nicht zurückgehen kann, und 3) weil ich ein Feind von Kassenüberschüssen bin, da ich sie als ein todttes Kapital betrachte, welches den Steuerpflichtigen entzogen wird, in deren Händen es wuchern soll, und ich in dieser Anweisung auf Kassenüberschüsse gleichsam das Bekenntniß finde, als habe man bei den Voranschlägen eine rechte Portion solcher Ueberschüsse mit in Anschlag genommen. Ich habe in dem ganzen Deputationsgutachten und der Vorlage der Staatsregierung bedauert, daß nicht gleichzeitig bei dem Netz des Eisenbahnsystems auch eine Vorlage darüber gemacht wurde, auf welche Weise man die Mittel für den Augenblick nicht nur, sondern für

das Ganze aufzubringen beabsichtige, und leugne nicht, daß, wenn wir in dieser Beziehung Beschluß fassen, ich die Befürchtung habe, daß man nach und nach immer mehr darauf verfallen wird, Steuerüberschüsse zu bilden und mit diesen Eisenbahnen zu bauen und so der Gegenwart Kapitalien zu entziehen, die eben erst in der Zukunft Zinsen tragen werden; von Steuerverminderung wird keine Rede sein. — Ich theile die Ansicht mehrerer Mitglieder vor mir, die sich bereits dahin ausgesprochen haben, daß gewiß noch eine Staatsanleihe erforderlich sein werde. Selbst der Vorstand der Deputation hat sich in dieser Beziehung dahin ausgesprochen, wie er nicht glaube, daß alle aufzuwendenden Kosten den gegenwärtigen Steuerpflichtigen aufzubürden seien; ist dieses nun richtig, so wird man meinen Antrag unterstützen. Wenn es nämlich für den ganzen Plan über die Eisenbahnen wünschenswerth ist, daß in Betreff der Aufbringung der Geldmittel gewisse Vorbereitungen und Bestimmungen getroffen werden, damit nicht von Finanzperiode zu Finanzperiode unsichere Bestimmungen stattfinden, sondern die Stände wissen, woher die Mittel beschafft werden sollen, und sich dahin aussprechen, daß der Gegenwart nicht Alles aufzubürden sei, so glaube ich folgenden Antrag stellen zu können: „Die hohe Staatsregierung wolle, in Betreff der fernerweit aufzubringenden sämtlichen Mittel, die zu Ausführung des festgestellten Eisenbahnnetzes erfordert würden, der nächsten Ständeversammlung einen vollendet ausgearbeiteten Plan vorlegen, dabei aber vorzugsweise berücksichtigen, daß die Modalität dieser Aufbringung die Steuerpflichtigen der Gegenwart nicht zu sehr belaste, sondern in der Art stattefinde, daß sie sich durch allmähliche Tilgung auf einen längern Zeitraum vertheilen lasse.“ Es gehört meiner Ansicht nach zur Vollendung des Ganzen, hierüber nicht im Ungewissen zu bleiben und dem Ueberschussystem entgegen zu treten. Ich glaube aber auch noch um so mehr diesen Wunsch aussprechen zu müssen, da es im Interesse der Binnenbahnen, und namentlich der chemnitz-riesaer Bahn liegt, daß hierüber ein Beschluß oder wenigstens ein Antrag der Ständeversammlung ausgesprochen werden möge. Geschieht dieß nicht und wird diese Modalität nicht gewünscht, so wird in der nächsten Finanzperiode die chemnitz-riesaer Bahn wieder hingehalten werden. Warum? Weil keine Mittel vorhanden sind, da die gewöhnlichen Mittel kaum ausreichen werden, die im Bau begriffenen fortzusetzen. Wenn ich nicht gleich bei Anfang der Discussion hierauf antrug, so geschah es, weil in der laufenden Finanzperiode die Regierung Erfahrung sammeln wird, wie weit es nöthig ist, daß der Staat oder Privaten bei den Actienunternehmungen sich theiligen.

Präsident D. Haase: Ich werde vor allen Dingen den Antrag zur Unterstützung bringen, damit wir wissen, ob darüber weiter zu sprechen sei. Der Antrag lautet so: „Die hohe Staatsregierung wolle, in Betreff der fernerweit aufzubringenden sämtlichen Mittel, die zu Ausführung des festgestellten